Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2024/2078(INI)

19.2.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 708 - 796

Entwurf eines Berichts
Ana Catarina Mendes
(PE767.867v01-00)

Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2024
(2024/2078(INI))

Änderungsantrag 708
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung ***liegt***;	33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung ***wird, wie in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist***;

Or. en

Änderungsantrag 709
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ***eine*** neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung liegt;	33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ***keine*** neue Säule aufzunehmen***, auch keine***, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung liegt;

Or. pl

Änderungsantrag 710
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. fordert die Kommission	33. fordert die Kommission

nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung liegt;	nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung ***und des Hasses*** liegt;

Or. en

Änderungsantrag 711
Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung ***aller Formen der Diskriminierung*** liegt;	33. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine neue Säule aufzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Bekämpfung ***der Zensur von Medien und von Inhalten im Internet*** liegt;

Or. fr

Änderungsantrag 712
Ana Catarina Mendes, Chloé Ridel, Sandro Ruotolo, Francisco Assis, Hannes Heide, Pina Picierno, Matjaž Nemec, Emma Rafowicz, Krzysztof Śmiszek, Katarina Barley, Evin Incir, Juan Fernando López Aguilar, Nacho Sánchez Amor, Marco Tarquinio, Javier Moreno Sánchez, Alessandro Zan, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	33a. fordert die Mitgliedstaaten auf, das Asyl- und Migrationspaket im Einklang mit den Grundsätzen umzusetzen, die in den Verträgen, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und im Völkerrecht verankert sind; fordert alle Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Drittstaatsangehörige gleiche

Rechte genießen, gleich und menschenwürdig behandelt werden und gerechten Zugang zu internationalen Schutzverfahren unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts und des Grundsatzes der Nichtzurückweisung haben; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Auslagerung und extraterritoriale Migrationssteuerung, wie bilaterale Abkommen der Mitgliedstaaten mit Drittstaaten, unter keinen Umständen diese Grundsätze und die in den EU-Rechtsvorschriften festgelegten Kriterien unterminieren;

Or. en

Änderungsantrag 713
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Abir Al-Sahlani, Sigrid Friis, Lucia Yar

Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	33a. fordert die Kommission auf, ihren Standpunkt zu der Bürgerinitiative „Minority SafePack“ zu überdenken und Gesetzgebungsinitiativen vorzulegen, mit denen die Förderung der Rechte von Minderheiten und der sprachlichen Rechte gewahrt wird;

Or. en

Änderungsantrag 714
Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf,	***entfällt***

reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];

---

[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. fr

Änderungsantrag 715
Alessandro Ciriani, Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	***entfällt***

---

[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. it

Änderungsantrag 716
Jorge Buxadé Villalba, Marieke Ehlers, Malika Sorel, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	***entfällt***

[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 717
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, ***den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus*** und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, ***die Konditionalitätsverordnung und andere Haushaltsverfahren*** und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren***; fordert die Kommission auf, in Vertragsverletzungsfällen systematisch auf beschleunigte Verfahren und die Beantragung einstweiliger Maßnahmen vor dem EuGH zurückzugreifen; fordert die Kommission auf, den sogenannten Dialog mit Mitgliedstaaten oder das sogenannte Pilotverfahren nicht als unbefristete Instrumente zu nutzen, um zu verhindern, dass tatsächlich***

Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden; fordert die Kommission auf, ihre in ihrer Mitteilung zur Durchsetzung des EU-Rechts aus dem Jahr 2022 dargelegte Politik, dass Vertragsverletzungsverfahren nicht für „Einzelfälle“ eingeleitet werden, zu korrigieren, da diese Politik zu einem schwerwiegenden Verlust von Rechten der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU geführt hat, insbesondere in Fällen, in denen ihre eigenen Regierungen sich weigern, dem EU-Recht oder den Urteilen des EuGH nachzukommen, da die meisten dieser Fälle keine Einzelfälle sind, sondern strategische und grundlegende Fragen betreffen;

---

[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 718
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission ***erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den*** Bericht ***der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48]***;	34. ***ist zutiefst besorgt über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Organen;*** fordert die Kommission ***auf, die sich häufenden Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in den genannten Organen zu untersuchen; nimmt mit großer Besorgnis die mutmaßliche Beteiligung des ehemaligen Kommissionsmitglieds für Justiz, Didier Reynders, an einem Geldwäschesystem zur Kenntnis; ist zutiefst besorgt darüber,***

dass ein für Justiz zuständiges Kommissionsmitglied, das mutmaßlich Geldwäsche im Wert von mehr als 1 Mio. EUR durch den Kauf von Lottoscheinen begangen hat, dafür verantwortlich war, die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zu wahren; betont, dass Didier Reynders als designiertes Kommissionsmitglied bereits 2019 von den belgischen Behörden der Geldwäsche und Korruption beschuldigt wurde; fordert die Kommission auf, zu erklären, wie es sein kann, dass Didier Reynders trotz dieser schwerwiegenden Vorwürfe während der 9. Wahlperiode für das Ressort Justiz zuständig war; bekräftigt, dass dieser Bericht ***nicht als Grundlage für weitere Mechanismen und Verfahren der EU dienen kann***;

---

[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 719
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission ***erneut auf, reaktive Instrumente wie die*** Verfahren nach Artikel 7 EUV, ***den*** allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und ***Vertragsverletzungsverfahren stärker*** in den Bericht ***der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren***[48];	34. fordert die Kommission ***auf, zu prüfen, ob die stärkere Integration reaktiver Instrumenten wie der*** Verfahren nach Artikel 7 EUV, ***des*** allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und ***von Vertragsverletzungsverfahren***[48] in den Bericht ***über die Rechtsstaatlichkeit angemessen ist, angesichts dessen, dass er auf skandalöse Weise für politische***

	Zwecke eingesetzt wurde, wofür Polen das beste Beispiel ist, wo nach einem Regierungswechsel zugunsten einer Brüssel und Berlin zugeneigten Regierung alle Kritik fallengelassen und das Verfahren nach Artikel 7 EUV ohne Gesetzesänderungen und trotz der offenen Verletzung der organisatorischen Grundsätze des Landes eingestellt wurde;
[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.	[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.
	Or. pl

Änderungsantrag 720
Nikola Minchev, Moritz Körner, Hilde Vautmans, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Fabienne Keller, Lucia Yar, Irena Joveva, Isabel Wiseler-Lima, Daniel Freund
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	34. fordert die Kommission erneut auf, reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48]; ***fordert die Kommission auf, jährlich über die Anwendung und Wirksamkeit der Instrumente zur Bekämpfung von Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten Bericht zu erstatten;***
[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine	[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine

Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 721
Birgit Sippel, Klára Dobrev

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, ***reaktive Instrumente wie die*** Verfahren nach Artikel 7 EUV, den ***allgemeinen*** Konditionalitätsmechanismus ***und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der*** Rechtsstaatlichkeit ***zu integrieren***[48];	34. fordert die Kommission erneut auf, ***die verschiedenen Werkzeuge aus dem Instrumentarium zur Rechtsstaatlichkeit im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit besser widerzuspiegeln, insbesondere laufende*** Verfahren nach Artikel 7 EUV, den Konditionalitätsmechanismus ***für die*** Rechtsstaatlichkeit ***und Vertragsverletzungsverfahren***[48];
[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.	[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 722
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, ***reaktive Instrumente wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen***	34. fordert die Kommission erneut auf, ***von der Schaffung neuer Mechanismen und Instrumente zum Schutz der***

Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	***Rechtsstaatlichkeit abzusehen, da die bestehenden Mechanismen und Instrumente ausreichen***;
[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.	

Or. sk

Änderungsantrag 723
Michał Wawrykiewicz

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission erneut auf, ***reaktive Instrumente*** wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];	34. fordert die Kommission erneut auf, ***Durchsetzungsmaßnahmen*** wie die Verfahren nach Artikel 7 EUV, den allgemeinen Konditionalitätsmechanismus und Vertragsverletzungsverfahren stärker in den Bericht der Rechtsstaatlichkeit zu integrieren[48];
[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.	[48] Ungarisches Helsinki-Komitee, Missachtung der Werte der EU: eine Momentaufnahme der Probleme der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn vor dem Hintergrund des Verfahrens nach Artikel 7, 12. November 2024.

Or. en

Änderungsantrag 724
Birgit Sippel, Klára Dobrev, Krzysztof Śmiszek, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. bedauert, dass die ungarische Regierung keinerlei sinnvolle Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit für das Jahr 2024 getroffen hat; betont, dass sich die Lage der Medienfreiheit, Gewaltenteilung, Großkorruption und des Raums für zivilgesellschaftliche Organisationen seit der Veröffentlichung des Berichts weiter verschlechtert hat; betont, dass mit der Justizreform von 2023 keine wesentlichen Verbesserungen erzielt wurden, was die Unabhängigkeit der Justiz anbelangt, und verurteilt die jüngste Maßnahme der Regierung, die längst überfällige Berichtigung der Gehaltsbezüge von Richtern an die Bedingung zu knüpfen, dass sie stärker politischen Einfluss nehmen, was der Unabhängigkeit der Justiz schadet;

Or. en

Änderungsantrag 725
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Diskriminierung aufgrund der Rasse und ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Staatsangehörigkeit, politischen Meinung, Sprache, Behinderung, des Alters, Geschlechts, einschließlich Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit, und der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen; fordert den Rat mit Nachdruck auf, eine Einigung über die Richtlinie 2008/140/EG zu erzielen;

Or. en

Änderungsantrag 726
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. bedauert, dass die ungarische Regierung keinerlei sinnvolle Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit für das Jahr 2024 getroffen hat und dass Ungarn der einzige Mitgliedstaat ist, für den noch das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV gilt; betont, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit sich beständig verschlechtert;

Or. en

Änderungsantrag 727
Marco Tarquinio, Alessandro Zan, Damien Carême, Mélissa Camara

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. fordert die Kommission auf, Überlegungen zur Rassengerechtigkeit ausdrücklich in die künftigen Berichte über die Rechtsstaatlichkeit einfließen zu lassen und den Mitgliedstaaten aufzuerlegen, dass sie vergleichbare und tragfähige aufgeschlüsselte Gleichstellungsdaten erheben müssen, damit die Auswirkungen struktureller Diskriminierung auf die Rechtsstaatlichkeit vollumfänglich bewertet werden können;

Or. en

Änderungsantrag 728
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte von LGBTQIA+-Personen im gesamten Hoheitsgebiet der Union uneingeschränkt geachtet werden und dass diese Personen in Sicherheit leben, ihre Rechte wahrnehmen und ihr Potenzial uneingeschränkt ausschöpfen können; fordert die Kommission und den Rat auf, dem Schutz der Rechte von LGBTQIA+-Personen in allen Politikbereichen bereichsübergreifende Priorität einzuräumen; fordert die Kommission auf, angemessene Legislativmaßnahmen vorzulegen, damit diese Grundsätze gewahrt werden, und auf Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten zurückzugreifen;

Or. en

Änderungsantrag 729
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 34 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34c. fordert die Kommission erneut auf, gegen jegliche diskriminierenden Praktiken vorzugehen und die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsätze zu wahren; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass der freie Personenverkehr in der EU, das Recht, sich frei aufzuhalten,

	und das Recht auf Familienzusammenführung im Unionsgebiet uneingeschränkt geachtet werden und dass alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte haben und ihre Rechte uneingeschränkt ausüben können; fordert die Kommission auf, mit Blick auf die jüngsten Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union eine Neufassung der Richtlinie 2004/38/EG anzunehmen, damit die grenzübergreifende Anerkennung von Familienrechten, einschließlich der Elternschaft für gleichgeschlechtliche Eltern, mit aufgenommen werden;

Or. en

Änderungsantrag 730
Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 731
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	***entfällt***

Or. sk

Änderungsantrag 732
Jorge Buxadé Villalba, Marieke Ehlers, Malika Sorel, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 733
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Emma Rafowicz, Alessandro Zan, Birgit Sippel

Entschließungsantrag

Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***Ungarn*** trotz ***Mängeln*** in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***die ungarische Regierung*** trotz ***der anhaltenden und schwerwiegenden Mängel*** in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind; ***fordert den Rat mit Nachdruck auf, die nächsten Schritte im Verfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn freizugeben, da die Verstöße gegen die Unionswerte nicht abreißen, darunter Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz, die Medienfreiheit und die Zivilgesellschaft, was umgehendes, entschlossenes Handeln erforderlich macht, damit die Rechtsstaatlichkeit in der EU geschützt wird;***

Or. en

Änderungsantrag 734
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. ***betont, wie wichtig es ist, Etappenziele*** der Rechtsstaatlichkeit ***in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an*** Ungarn ***trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes;***	35. ***stellt mit Besorgnis fest, dass die Kommission bei der Überwachung der Kriterien im Bereich*** der Rechtsstaatlichkeit ***mithilfe des Instrumentariums für die Rechtsstaatlichkeit politisch nicht neutral ist; fordert die Kommission auf, politische Angriffe gegen rechte, konservative Regierungen einzustellen; betont, dass***

empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	Ungarn ***wegen seines Kinderschutzgesetzes, seines Gesetzes für den Schutz der nationalen Souveränität und seines entschlossenen Standpunkts zur Migrationspolitik finanziell und politisch von der Kommission erpresst wird; weist darauf hin, dass Ungarn Anspruch auf alle von der Kommission widerrechtlich einbehaltenen EU-Mittel hat; fordert die Kommission auf, die restlichen 20 Mrd. EUR an EU-Mitteln, auf die Ungarn rechtmäßig Anspruch hat, freizugeben***;

Or. en

Änderungsantrag 735
Alessandro Ciriani, Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. ***betont, wie wichtig es ist,*** Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität ***aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind***;	35. ***nimmt die Aufnahme der*** Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität ***zur Kenntnis***;

Or. it

Änderungsantrag 736
Birgit Sippel, Klára Dobrev, Krzysztof Śmiszek, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***Ungarn*** trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***die ungarische Regierung*** trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen ***an die ungarische Regierung*** auszusetzen, bis ***sie*** alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt***; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die EU-Mittel die ungarische Bevölkerung erreichen, u. a. durch direkte oder indirekte Finanzierung der endgültigen Empfänger und Begünstigten, die von der ungarischen Regierung unabhängig*** sind;

Or. en

Änderungsantrag 737
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, ***wie wichtig es ist, Etappenziele*** der Rechtsstaatlichkeit ***in Finanzierungsinstrumente wie die*** Aufbau- und Resilienzfazilität ***aufzunehmen; bedauert*** die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn ***trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die*** Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung ***dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind***;	35. betont, ***dass die Anwendung eines auf Etappenzielen*** der Rechtsstaatlichkeit ***beruhenden Verfahrens in Finanzierungsinstrumenten wie der*** Aufbau- und Resilienzfazilität ***nicht mit der Verpflichtung vereinbar ist, die Verträge einzuhalten und einen auf objektiven Kriterien beruhenden Ansatz zu verfolgen; nimmt*** die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn ***zur Kenntnis, was nicht im Widerspruch zu den Verträgen steht, und stellt fest, dass mutmaßliche Mängel bei der*** Unabhängigkeit der Justiz und ***den Rahmen für*** die Korruptionsbekämpfung

	in Verfahren angegangen werden sollten, die mit den Verträgen im Einklang stehen; betont, dass die Auszahlung von EU-Mitteln nicht an willkürliche Rechtsstaatlichkeitskriterien geknüpft ist;

Or. pl

Änderungsantrag 738
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***Ungarn*** trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt ***sind***;	35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an ***die ungarische Regierung*** trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen ***an die ungarische Regierung*** auszusetzen, bis ***sie*** alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Unionsmittel an die ungarische Bevölkerung fließen und dass die Auswirkungen der bereits getroffenen Maßnahmen vollumfänglich erhalten bleiben***;

Or. en

Änderungsantrag 739
Nikola Minchev, Moritz Körner, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Alessandro Zan, Fabienne Keller, Lucia Yar, Irena Joveva, Isabel Wiseler-Lima, Daniel Freund
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag

Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;	35. betont, wie wichtig es ist, Etappenziele der Rechtsstaatlichkeit in Finanzierungsinstrumente wie die Aufbau- und Resilienzfazilität aufzunehmen; ***fordert, dass der künftige MFR tragfähige Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit enthält, die für alle Unionsmittel gelten;*** bedauert die Freigabe von EU-Mitteln an Ungarn trotz Mängeln in den Rechtsrahmen für die Unabhängigkeit der Justiz und die Korruptionsbekämpfung dieses Landes; empfiehlt, die Auszahlungen auszusetzen, bis alle Voraussetzungen der Rechtsstaatlichkeit erfüllt sind;

Or. en

Änderungsantrag 740
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Emma Rafowicz, Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. ist zutiefst besorgt über das Erstarken des Rechtsextremismus und seine schädlichen Auswirkungen auf demokratische Standards und die Rechtsstaatlichkeit in mehreren Mitgliedstaaten; fordert koordinierte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung dieser Bedrohung, etwa durch Bildung, Programme der gesellschaftlichen Inklusion und im Bedarfsfall rechtliche Maßnahmen; stellt mit Besorgnis fest, dass diese Gruppen aktiv Minderheiten zu ihrer Zielscheibe machen, einschließlich LGBTQI+-Personen, und zu einem Klima der Angst und Diskriminierung beitragen; fordert die Kommission auf, derlei Gruppen in ihrem jährlichen Bericht über

die Lage der Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich zu Gefahren für die Demokratie, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, einschließlich der akademischen Unabhängigkeit und Unabhängigkeit der Medien, zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mit tragfähigen Rechtsrahmen, Bildung zur Förderung der demokratischen Werte und Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die Extremismus bekämpfen, entschlossen gegen den Einfluss dieser Gruppen vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 741
Ana Catarina Mendes, Chloé Ridel, Sandro Ruotolo, Francisco Assis, Hannes Heide, Pina Picierno, Matjaž Nemec, Emma Rafowicz, Krzysztof Śmiszek, Katarina Barley, Evin Incir, Juan Fernando López Aguilar, Nacho Sánchez Amor, Marco Tarquinio, Javier Moreno Sánchez, Alessandro Zan, Isabel Serra Sánchez, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. fordert die Einführung eines leistungsorientierten Instruments aus Gründen der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in der Verordnung über den mehrjährigen Finanzrahmen, damit die Einhaltung dieser Grundsätze und die Vergabe von Unionsmitteln stärker in Einklang gebracht werden;

Or. en

Änderungsantrag 742
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Lucia Yar, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Abir Al-Sahlani, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. fordert mit Nachdruck, dass eine engere Verbindung zwischen den Erkenntnissen des Berichts über die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Zuweisung von Finanzhilfe im Rahmen des Unionshaushaltsplans in der Form von Meilensteinen eingeführt wird, damit die Unionsmittel an die Umsetzung notwendiger Reformen geknüpft werden;

Or. en

Änderungsantrag 743
Ana Catarina Mendes, Chloé Ridel, Sandro Ruotolo, Francisco Assis, Hannes Heide, Pina Picierno, Matjaž Nemec, Emma Rafowicz, Krzysztof Śmiszek, Katarina Barley, Evin Incir, Juan Fernando López Aguilar, Nacho Sánchez Amor, Marco Tarquinio, Javier Moreno Sánchez, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Moritz Körner, Daniel Freund, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. ist besorgt darüber, dass das Datum der Veröffentlichung des jährlichen Berichts über die Lage der Rechtsstaatlichkeit einer ausreichenden Wahrnehmbarkeit nicht zuträglich ist und dem eigentlichen Zweck des Berichts widerspricht, eine echte öffentliche Debatte über seine Erkenntnisse auszulösen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Veröffentlichungsdatum zu überdenken und zusätzliche Maßnahmen zu treffen, um die Erkenntnisse des Berichts in allen Mitgliedstaaten weithin bekanntzumachen;

Or. en

Änderungsantrag 744
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Lucia Yar, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Abir Al-Sahlani, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. erwartet, dass in dem Bericht der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit für das Jahr 2025 Fristen für die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen festgelegt werden; vertritt nach wie vor die Auffassung, dass eingefrorene Unionsmittel erst dann freigegeben werden sollten, wenn sinnvolle Reformen vollumfänglich umgesetzt wurden und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in der Praxis überprüfbar erreicht wurde;

Or. en

Änderungsantrag 745
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Umweltdemokratie zu stärken, indem sie dafür sorgen, dass das Übereinkommen von Aarhus uneingeschränkt umgesetzt wird, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Justiz in Umweltfragen und den Schutz von Umweltaktivisten und -organisationen;

Or. en

Änderungsantrag 746

Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 747
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter	***entfällt***

des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;

Or. sk

Änderungsantrag 748
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 749
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; ***fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs***	36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; ***bedauert, dass die Kommission und der Rat das Angebot des Parlaments,***

über die Rechtsstaatlichkeit***, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind***; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den ***Menschenrechtskommissar*** und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;	***eine interinstitutionelle Vereinbarung*** über die ***Demokratie, die*** Rechtsstaatlichkeit ***und die Grundrechte zu schließen, bislang ablehnen; bekräftigt seine Bereitschaft, die Gespräche über dieses Abkommen wieder aufzunehmen; fordert die anderen Organe auf, in der Zwischenzeit zumindest eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen des vorgeschlagenen interinstitutionellen Pilotprojekts zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten zu prüfen, das dazu beitragen würde, das Vertrauen zwischen den Organen auf praktische Weise aufzubauen, insbesondere durch den Austausch von Überwachungs-, Dialog- und Sitzungspraktiken***; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den ***Kommissar für Menschenrechte des Europarates*** und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt; ***ist der Ansicht, dass der Dialog des Rates über die Rechtsstaatlichkeit interaktiver und gehaltvoller werden sollte, und fordert daher die Mitgliedstaaten auf, in die ordnungsgemäße Vorbereitung auf diesen Dialog zu investieren; betont, dass sich mehr Transparenz positiv auf den Dialog über Rechtsstaatlichkeit in der Union auswirken würde, und fordert den Rat daher auf, diese länderspezifischen Diskussionen, einschließlich detaillierter öffentlicher Schlussfolgerungen, zu veröffentlichen;***

Or. en

Änderungsantrag 750
Jorge Buxadé Villalba, Marieke Ehlers, Malika Sorel, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit ***gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat*** und die ***Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten***, indem ***er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt***;	36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und die ***Korruptionsbekämpfung gestärkt werden sollten***, indem ***die Organe der EU bei der Kontrolle miteinbezogen werden***;

Or. en

Änderungsantrag 751
Nikola Minchev, Moritz Körner, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Alessandro Zan, Fabienne Keller, Lucia Yar, Isabel Wiseler-Lima, Daniel Freund
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem ***unter anderem*** das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;	36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs ***im Wege des Abschlusses eines interinstitutionellen Abkommens*** über die Rechtsstaatlichkeit, an dem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt

oder zumindest dem Europäischen Parlament systematisch Rückmeldung zu den Sitzungen zum Dialog über die Rechtsstaatlichkeit gibt;

Or. en

Änderungsantrag 752
Michał Wawrykiewicz

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt;	36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt; ***fordert den Rat nachdrücklich auf, gemeinsam mit den nationalen Parlamenten für eine bessere demokratische Überwachung der Einhaltung der EU-Standards der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten zu sorgen;***

Or. en

Änderungsantrag 753
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ***ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die*** Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit ***gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit, an dem unter anderem das Parlament, der Rat und die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt***;	36. ***stellt fest, dass es Stimmen gibt, die eine Stärkung des interinstitutionellen Dialogs und der*** Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit ***fordern, obwohl dies nicht im Einklang mit dem Wortlaut der Verträge steht; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass insbesondere die Standpunkte des Parlaments häufig von den Parteiinteressen einzelner Fraktionen beeinflusst werden, wodurch sich die Unausgewogenheit und die politische Dimension des sogenannten „Dialogs“ über die Rechtsstaatlichkeit noch weiter verstärkt***;

Or. pl

Änderungsantrag 754
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung ***eines ständigen interinstitutionellen Dialogs über*** die Rechtsstaatlichkeit, ***an dem unter anderem das Parlament,*** der Rat und ***die Kommission beteiligt sind; fordert den Rat auf, seinen Dialog über die Rechtsstaatlichkeit inklusiver zu gestalten, indem er andere Institutionen wie die Venedig-Kommission, den Menschenrechtskommissar und Vertreter des Parlaments zu seinen Sitzungen einlädt***;	36. ist der Ansicht, dass der interinstitutionelle Dialog und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollten; fordert die Einrichtung ***des Europäischen Semesters für*** die Rechtsstaatlichkeit, ***wobei der Rahmen so gestaltet wird, dass*** der Rat und ***das Europäische Parlament eine zentrale Rolle spielen, unterstützt von der Befugnis der Kommission, die Einhaltung der Bestimmungen durchzusetzen; stellt fest, dass mit diesem Rahmen gegen das demokratische Defizit vorgegangen und dafür gesorgt würde, dass die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten geachtet wird***;

Or. en

Änderungsantrag 755
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. bedauert zutiefst, dass der Rat nicht in der Lage ist, in dem laufenden Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV nennenswerte Fortschritte zu erzielen; fordert den Rat nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Anhörungen mindestens einmal pro Vorsitz während der laufenden Verfahren nach Artikel 7 stattfinden und sich auch mit neuen Entwicklungen befassen, die sich auf die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte auswirken; betont, dass keine Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist, um eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Unionswerte gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu ermitteln, konkrete Empfehlungen an die betroffenen Mitgliedstaaten zu richten und Fristen für die Umsetzung dieser Empfehlungen zu setzen; bekräftigt seine Aufforderung an den Rat, dies zu tun, und betont, dass jede weitere Verzögerung einer solchen Maßnahme einer Verletzung des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit durch den Rat selbst gleichkäme; besteht darauf, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten des Parlaments geachtet werden;

Or. en

Änderungsantrag 756
Birgit Sippel, Klára Dobrev

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. wiederholt seine seit Langem geäußerte Forderung nach der Schaffung eines EU-Mechanismus für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte (EU-Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte) in Form eines interinstitutionellen Abkommens und fordert die Kommission und den Rat auf, ein entsprechendes interinstitutionelles Abkommen zu schließen; weist noch einmal darauf hin, dass der neue Mechanismus bestehende Mechanismen wie den Bericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit integrieren und ergänzen sollte, evidenzbasiert und objektiv sein sollte, sich an die Mitgliedstaaten und die Organe der EU richten sollte, einschließlich Präventions- und Korrekturmaßnahmen, und von einem Gremium unabhängiger Sachverständiger unterstützt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 757
Javier Zarzalejos

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass etwaige Rechtsreformen, die die Gewaltenteilung betreffen, uneingeschränkt im Einklang mit den europäischen Rechtsgrundsätzen stehen; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, zu bewerten, ob Rechtsmaßnahmen, die sich auf die Justiz, rechtliche Vorteile oder die Exekutivgewalt über Rechtsprechungsorgane auswirken, im

Einklang mit Artikel 2 EUV stehen und ob sie die Einleitung von Verfahren nach Artikel 7 EUV rechtfertigen könnten;

Or. en

Änderungsantrag 758
Loránt Vincze

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und internationalen Organisationen wie dem Europarat, der OSZE und den Vereinten Nationen bei der Förderung und Verteidigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Grundfreiheiten und der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, zusätzlich gestärkt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 759
Marieke Ehlers, Jorge Buxadé Villalba, Tom Vandendriessche, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. ist der Ansicht, dass für die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten innerhalb der EU die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten besonders wichtig ist; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre eigenen Vorschriften in den Bereichen Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Justiz einzuhalten;

Or. en

Änderungsantrag 760
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Sofortmaßnahmen in Krisenfällen (z. B. Pandemien oder Sicherheitsbedrohungen) einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle und gerichtlichen Überprüfung unterzogen werden und streng zeitlich begrenzt und verhältnismäßig sind;

Or. en

Änderungsantrag 761
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Lucia Yar, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Abir Al-Sahlani, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. bedauert, dass die Kommission viele der wiederholten Forderungen des Parlaments bezüglich des Berichts der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit nicht aufgegriffen hat;

Or. en

Änderungsantrag 762
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Lucia Yar, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Abir Al-Sahlani

Entschließungsantrag
Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36b. fordert, dass die Kommission bis zum 31. Dezember 2025 eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie darlegt, welche vom Parlament angenommenen Forderung in Bezug auf die Berichte der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit seit 2021 die Kommission umsetzen wird, welche sie nicht umsetzen wird und aus welchen konkreten Gründen die Forderungen abgelehnt werden;

Or. en

Änderungsantrag 763
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Emma Rafowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36b. betont, dass die Mitgliedstaaten gegen das Geschlechtsgefälle in der Justiz und anderen zentralen demokratischen Organen vorgehen müssen; empfiehlt, dass gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Vertretung von Frauen in führenden Positionen in der Justiz und der öffentlichen Verwaltung getroffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 764
Marieke Ehlers, Jorge Buxadé Villalba, Tom Vandendriessche, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36b. fordert die Kommission auf, den Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte nicht als Vorwand zu nutzen, um politischen Druck auf bestimmte Mitgliedstaaten auszuüben, damit sie politische Maßnahmen ändern, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen;

Or. en

Änderungsantrag 765
Marieke Ehlers, Jorge Buxadé Villalba, Tom Vandendriessche, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 36 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36c. ist zutiefst besorgt, dass Maßnahmen im Sinne der Konditionalitätsverordnung getroffen werden, um politische Ideale zu fördern und bestimmte Mitgliedstaaten zu delegitimieren, wie es bei Verfahren nach Artikel 7 der Fall ist;

Or. en

Änderungsantrag 766
Alessandro Ciriani, Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um	***entfällt***

die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. it

Änderungsantrag 767
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. ***empfiehlt*** der Kommission ***und den*** Mitgliedstaaten***, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation*** in Europa ***zu verbreiten;*** betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. ***ist besorgt über die Einmischung des Europäischen Parlaments und*** der Kommission ***in innerstaatliche Angelegenheiten der*** Mitgliedstaaten***; weist darauf hin, dass der Geschäftsführer von Meta, Mark Zuckerberg, am 7. Januar 2025 eingeräumt hatte, dass Facebook Inhalte aus politischen Gründen zensiert habe; begrüßt die Maßnahmen von Meta, die Meinungsfreiheit auf den Plattformen der sozialen Medien des Unternehmens zu fördern; bedauert, dass*** in Europa ***nach wie vor eine politisch nicht neutrale Faktenprüfung auf den Plattformen der sozialen Medien durchgesetzt wird; fordert die Kommission auf, ihre Maßnahmen zur Zensur rechter, konservativer Stimmen auf Plattformen der sozialen Medien einzustellen; fordert das Europäische Parlament auf, einen Untersuchungsausschuss zur Zensur durch Facebook einzurichten; begrüßt Elon Musks Maßnahmen zur Förderung der Meinungsfreiheit;*** betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und

fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 768
Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten***, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden***;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten;

Or. fr

Änderungsantrag 769
Mary Khan, Milan Uhrík

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt ***der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen***	37. empfiehlt, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren

Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 770
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, ***einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk,*** um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; stellt fest, dass die Kommission jahrelang die linksliberale Dominanz in den sozialen Medien nicht wahrgenommen hat, einschließlich dessen, dass bestimmte Hauptstädte, internationale Stiftungen und Organe der EU diese Agenda verordnet haben***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. pl

Änderungsantrag 771
Nikola Minchev, Moritz Körner, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Fabienne Keller, Lucia Yar, Irena Joveva, Isabel Wiseler-Lima
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; ***betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;***	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 772
Ewa Zajączkowska-Hernik

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten***, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; betont, dass die Kommission	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 773
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, ***insbesondere die*** Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken***, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, ***einschließlich der*** Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. fi

Änderungsantrag 774
Jorge Buxadé Villalba, Marieke Ehlers, Malika Sorel, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische

Einflussnahme zu beobachten***, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	Einflussnahme zu beobachten ***und wirksame Maßnahmen zum Schutz der gemeinsamen Interessen zu ergreifen; betont, dass ausländische Propaganda-Aktionen bekämpft werden können, ohne die Meinungsfreiheit anzugreifen, nämlich durch die ordnungsgemäße Kennzeichnung aus dem Ausland finanzierter Organisationen oder durch neutrale Initiativen wie „community notes“***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 775
Romana Tomc

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken***, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 776
Javier Zarzalejos

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken***, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 777
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Fabienne Keller, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten***,*** ausländische Einflussnahme zu beobachten***, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken***, einschließlich ***ihrer*** Nutzung ***durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und*** Desinformation in Europa ***zu verbreiten***; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten ausländische Einflussnahme zu beobachten ***und rasch dagegen vorzugehen***, einschließlich ***der*** Nutzung ***sozialer Medien zu Manipulationen, böswilligen Zwecken und der Verbreitung von*** Desinformation in Europa; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren

ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 778
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere die Nutzung sozialer Medien zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ihrer Nutzung durch Einzelpersonen wie Elon Musk ***und Meta***, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 779
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere ***die Nutzung sozialer Medien***	37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, ausländische Einflussnahme zu beobachten, insbesondere ***vonseiten nichtstaatlicher***

zu Manipulationen und böswilligen Zwecken, einschließlich ***ihrer*** Nutzung ***durch Einzelpersonen wie Elon Musk***, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;	***Organisationen zu manipulativen und schädlichen*** Zwecken, einschließlich ***der*** Nutzung ***nichtstaatlicher Organisationen***, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Desinformation in Europa zu verbreiten; betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. sk

Änderungsantrag 780
Alessandro Zan, Cecilia Strada, Sandro Ruotolo, Pina Picierno, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, uneingeschränkt zu überwachen, dass die Listen sicherer Herkunftsländer, die von den zuständigen nationalen Behörden erstellt wurden, stets im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen, d. h. der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, und den in den EU-Rechtsvorschriften festgelegten Kriterien stehen und den Entscheidungen des EuGH und dem Völkerrecht entsprechen; hebt die Verpflichtung gemäß Unions- und Völkerrecht hervor, allen Personen internationalen Schutz zu gewähren, die aufgrund ihrer Rasse und ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Staatsangehörigkeit, politischen Meinung, Sprache, Behinderung, ihres Alters, Geschlechts, einschließlich Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit, und ihrer sexuellen Ausrichtung verfolgt werden bzw. Gefahr laufen, ernsthaften Schaden zu erleiden;

Or. en

Änderungsantrag 781
Alessandro Ciriani, Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. hält es für geboten, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung – eine Säule unserer demokratischen Gesellschaften – zu schützen; ist der Ansicht, dass die Kommission die korrekte Anwendung des Rechtsrahmens der Europäischen Union auf Social-Media-Plattformen sicherstellen muss, um dieses Recht zu schützen, anstatt politischen Druck zu fördern, der eine offene und ehrliche Debatte einschränken könnte; vertritt die Auffassung, dass Social-Media-Plattformen zwar verantwortungsvoll handeln und die bestehenden Vorschriften einhalten müssen, die Verfahren zur Moderation von Inhalten jedoch keinesfalls zu einem Instrument der Kontrolle, Zensur oder politischen Manipulation werden dürfen;

Or. it

Änderungsantrag 782
Krzysztof Śmiszek, Matjaž Nemec, Robert Biedroń, Katarina Barley, Cecilia Strada, Klára Dobrev, Csaba Molnár, Emma Rafowicz, Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Lobbyarbeit zu verbessern, einschließlich der Errichtung oder Verbesserung verbindlicher Lobbyregister und Mechanismen des „legislativen Fußabdrucks“ zur Nachverfolgung von

Einflussnahme auf Rechtsetzungsverfahren;

Or. en

Änderungsantrag 783
Nikola Minchev, Moritz Körner, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Alessandro Zan, Fabienne Keller, Lucia Yar, Irena Joveva, Isabel Wiseler-Lima
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. betont, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Organen ordnungsgemäß umgesetzt wird, und fordert, dass die EU-Organe in ihren jährlichen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 784
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. fordert den Rat auf, einen Beschluss zur Aufnahme von Hetze und Hasskriminalität in die Liste der Straftaten gemäß Artikel 83 Absatz 1 AEUV anzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 785
Alessandro Ciriani, Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 37 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37b. ist besorgt über die zunehmende Tendenz, auf Vorschriften wie das Gesetz über digitale Dienste zurückzugreifen, um politische Positionen und Einstellungen zu fördern, die die Meinungsfreiheit untergraben könnten; ist der Ansicht, dass Social-Media-Plattformen Räume bleiben sollten, in denen Ideen frei ausgetauscht werden können, ohne politisch motivierte Zensur befürchten zu müssen; vertritt die Auffassung, dass die EU wachsam bleiben und sich jeglichem Versuch, die Moderation von Inhalten für politische Zwecke zu instrumentalisieren, entgegenstellen muss, damit der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung sichergestellt ist;

Or. it

Änderungsantrag 786
Alessandro Zan, Krzysztof Śmiszek

Entschließungsantrag
Ziffer 37 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37c. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, eine erneuerte Strategie zur Gleichstellung von LGBTQIA+-Personen für den Zeitraum nach 2025 vorzulegen, mit dem die aktuellen Herausforderungen in Europa uneingeschränkt angegangen werden und die Rechte von LGBTQIA+-Personen zu einer bereichsübergreifenden Priorität in allen Politikbereichen gemacht werden; hebt die Bedeutung von Selbstbestimmung für LGBTQIA+-Personen und der Anerkennung ihrer Identitäten und Rechte ohne

altersbezogene Beschränkung hervor; fordert den Schutz und die Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit von LGBTQIA+-Personen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Legislativvorschläge zur Bekämpfung von Hassverbrechen und Hetze aufgrund der Geschlechtsidentität und sexuellen Ausrichtung vorzulegen und gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare zu garantieren; fordert die Kommission ferner mit Nachdruck auf, einen Vorschlag für ein verbindliches EU-Verbot für Konversionspraktiken in allen Mitgliedstaaten vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 787
Alessandro Zan

Entschließungsantrag
Ziffer 37 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37d. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Diskriminierung aufgrund der Rasse und ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Staatsangehörigkeit, politischen Meinung, Sprache, Behinderung, des Alters, Geschlechts, einschließlich Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit, und der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 788
Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Beitrittsländern aus;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 789
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Beitrittsländern aus;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 790
Moritz Körner, Malik Azmani, Dainius Žalimas, Lucia Yar, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Abir Al-Sahlani, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Ana Catarina Mendes

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit	38. begrüßt die ***Ausweitung des Berichts der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit auf Bewerberländer, wobei erneut bestärkt wird, dass die Grundwerte der EU nicht nur von den derzeitigen Mitgliedstaaten,***

in diesen Beitrittsländern aus;	***sondern auch von künftigen Mitgliedstaaten im Zuge der Beitrittsverfahren zu achten sind; begrüßt die*** Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Beitrittsländern aus; ***erwartet, dass die Kommission in ihren Bericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit für das Jahr 2025 alle Bewerberländer aufnimmt;***

Or. en

Änderungsantrag 791
Nikola Minchev, Moritz Körner, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Abir Al-Sahlani, Chloé Ridel, Fabienne Keller, Lucia Yar, Irena Joveva, Isabel Wiseler-Lima
im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in ***diesen Beitrittsländern*** aus;	38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in ***allen Ländern, die sich in einem Beitrittsverfahren befinden,*** aus;

Or. en

Änderungsantrag 792
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

38. ***begrüßt*** die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Beitrittsländern aus;	38. ***nimmt*** die Initiative der Kommission ***zur Kenntnis***, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Beitrittsländern aus;

Or. sk

Änderungsantrag 793
Lukas Mandl, Hannes Heide

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in ***diesen Beitrittsländern*** aus;	38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in ***allen Ländern des Westbalkans*** aus;

Or. en

Änderungsantrag 794
Emmanouil Fragkos, Geadis Geadi, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, ***Nordmazedonien*** und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen ***Beitrittsländern aus***;	38. begrüßt die Initiative der Kommission, Albanien, Montenegro, ***Skopje*** und Serbien in ihren Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit aufzunehmen, und spricht sich für eine genaue Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in diesen ***Ländern aus, die derzeit geprüft werden***;

Or. el

Änderungsantrag 795
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat ***und der Kommission*** zu übermitteln.	39. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat***, der Kommission, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Europarat sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten*** zu übermitteln.

Or. en

Änderungsantrag 796
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński, Jadwiga Wiśniewska, Maciej Wąsik, Jacek Ozdoba

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.	39. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission ***sowie den Mitgliedstaaten*** zu übermitteln.

Or. pl